

Die Pfalz ist ein Kind der Französischen Revolution. Sie machte der Herrschaft von Kurfürst und Fürstbischof und drei Dutzend Duodez-Herrschern ein Ende und beseitigte den über Jahrhundert bestehenden territorialen Flickenteppich. Nachdem der deutsche Kaiser Franz II. im Frieden von Campo Formio Ende 1797 der auf dem Schlachtfeld siegreichen Französischen Republik die Annexion der linksrheinischen Reichsgebiete zugestanden hatte, wurde auch die spätere Pfalz in Frankreich eingegliedert, waren die bisherigen Untertanen nun „citoyens“ in den Departements Mont-Tonnerre, Bas-Rhin und Sarre.

Das Ende der französischen Herrschaft wurde in der Neujahrsnacht 1813/14 eingeleitet, als russische Truppen von Mannheim aus den Rhein überquerten und mit der Rheinschanze das Kerngebiet des heutigen Ludwigshafens eroberten. Nach dem ersten Pariser Frieden 1814 gelangte das linksrheinische Territorium südlich der Mosel unter die gemeinschaftliche Verwaltung von Österreich und Bayern. Für Besatzungszwecke war dieser Bezirk aber zwischen den beiden Mächten geteilt, wobei Bayern das größere Stück erhielt, das auch die spätere Pfalz umfasste. Für die Bevölkerung dieser Landstriche konnte das Gefühl der Befreiung allerdings kaum aufkommen. Einquartierungen und viele andere Belastungen gehörten bis zum Rückzug der alliierten Truppen nach der endgültigen Niederlage Napoleons bei Waterloo zum Alltag. Zudem hatte die bayerische Seite lange Zeit nur wenig Interesse am wirtschaftlichen Wohlergehen der Pfalz. Die distanzierte Haltung Bayerns war nicht weiter verwunderlich, war doch der bayerische König Max Joseph wenig daran interessiert die Pfalz zu erwerben, die abseits, isoliert und ohne Landverbindung zum Rest des Königsreichs lag. Die Gebiete links des Rheins wurden lediglich als Tauschobjekt im allgemeinen Länderschacher behandelt. Letztendlich verlor Bayern jedoch den Machtpoker gegen Österreich und musste im Münchner Vertrag von 1816 der Übernahme der Pfalz zustimmen, bei gleichzeitiger Überlassung Salzburgs und des Innviertels an den Wiener Mitkonkurrenten. Auch die Namensgebung für den neuen Landesteil bereitete Schwierigkeiten. Zunächst nannte man sie die „bayerischen Lande am Rhein“, ab 1817 „Rheinkreis“. Erst 1838 gab ihr König Ludwig I. den Namen „Pfalz“, wohl nicht zuletzt um die eigenen Ansprüche auf die rechtsrheinischen Teile der alten Kurpfalz zu betonen, die ja nun zu Baden gehörten.

Seit dem Frühjahr 1816 waren die Pfälzer nun königlich-bayerische Untertanen. Zuvor hatten die Pfälzer bereits durch zahlreiche Petitionen ihren Wunsch nach Beibehaltung der Reformergebnisse der französischen Zeit, den sogenannten rheinischen Institutionen, bekundet. Um Unruhe in der Bevölkerung zu vermeiden, entschloss sich der König daher, die politischen und rechtlichen Verhältnisse seiner neuen Lande zunächst unangetastet zu lassen. In einer von ihm ermächtigten Erklärung wurde verkündet, dass die feudalen Rechte und die Zehnten für immer abgeschafft seien, die Krone das gesetzlich erworbene Eigentum der Bürger schützen werde und dass gleiche Besteuerung der Güter ein verbindlicher Grundsatz der Staatsverfassung sein werde. Die Revision der französischen Gesetze oder die Angleichung an die bayerischen Verhältnisse war damit zwar keineswegs ausgeschlossen. Doch insgesamt blieben die rheinischen Institutionen und damit die Sonderrolle der Pfalz im bayerischen Staatsverband bestehen. „Mir san mir“ – nur eben auf pfälzisch.

Hieraus ergaben sich immer wieder Konflikte mit der bayrischen Zentralgewalt. In der Folgezeit wurde die Wirtschaft der Pfalz durch hohe Zölle und Steuern stark benachteiligt, so dass große Teile der Bevölkerung verarmten und viele zur Amerika-Auswanderung gezwungen wurden. Im Zuge der französischen Julirevolution von 1830 wurden die Rechte der Pfälzer Bevölkerung noch mehr eingeschränkt als in

den Jahren zuvor und eine strenge Zensur eingeführt. Am 27. Mai 1832 wurde im damaligen Neustadt an der Haardt ein „Volksfest“ organisiert, nachdem politische Kundgebungen von der bayerischen Obrigkeit verboten worden waren. Es fand auf dem nahen Schlossberg statt, der auf der Gemarkung des damals noch selbstständigen Dorfes Hambach liegt. Die Hauptforderungen der Festteilnehmer waren Freiheit (Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit), Bürgerrechte, nationale Einheit, eine Neuordnung Europas auf der Grundlage gleichberechtigter Völker, Volkssouveränität und religiöse Toleranz. Beim Hambacher Fest wurden zum ersten Mal in größerer Anzahl schwarz-rot-goldene Trikoloren mitgeführt, die das Streben nach Freiheit, Bürgerrechten und deutscher Einheit symbolisieren sollten.

Die direkte Folge des Hambacher Festes bestand in der staatsanwaltschaftlichen Verfolgung führender Persönlichkeiten des Vormärz. Damit ließ sich die Situation in der Pfalz jedoch nicht befrieden. In der Märzrevolution 1848/49 setzte sich die pfälzische Bevölkerung erneut an die Spitze der republikanischen Bewegung, deren Ziele 1849 nur mit Hilfe preußischer Truppen unterdrückt werden konnten.

Bezeichnend ist, dass König Maximilian II. 1854 den Ethnologen und Kulturwissenschaftler, Wilhelm Heinrich Riehl, mit einem Auftragsgutachten über die Rheinpfalz und die Pfälzer beauftragte, um sich ein besseres Bild über die störrische Provinz zu verschaffen.

Auch der neuerliche Durchzug preußischer Truppen 1870 erzeugte bei der pfälzischen Bevölkerung nicht nur Sympathie und dass die Reichsgründung 1871 nicht zu Lasten der rheinischen Institutionen ging, war ein wesentlicher Faktor, um auch in der Pfalz Loyalität gegenüber dem neuen Staat zu überzeugen – gefördert auch durch die Annexion Elsaß-Lothringens, wodurch die Pfalz bis 1918 aus ihrer schwierigen ökonomischen Grenzlage befreit wurde.

Entsprechend wurde das neuerliche Einrücken französischer Soldaten im Dezember 1918 diesmal als Besatzung empfunden. Entsprechend war die Sympathie unter der Bevölkerung für eine „Autonome Pfalz“ in der wirtschaftlichen Krisenzeit 1923/24 nur sehr begrenzt. Die neuerliche Krise nach 1932 ließ dagegen bemerkenswerte Teile der Bevölkerung – insbesondere auf dem Lande – zu Anhängern der Hitler-Bewegung werden.

Die Sympathie für den nationalsozialistischen Staat erhielt einen ersten Dämpfer mit der Errichtung des Westwalls ab 1938 sowie mit der Zwangsevakuierung der pfälzischen Grenzbevölkerung 1939. Nach schweren Luftangriffen auf pfälzische Städte – insbesondere nach 1943 - war die Pfalz ab Januar 1945 der Schauplatz sinnloser Abwehrkämpfe, deren Ende die Bevölkerung im März 1945 mit Erleichterung begrüßte.

Da mit dem Sieg der Alliierten gleichzeitig auch das Ende der staatlichen Zugehörigkeit zu Bayern gekommen war, bewegte die Bevölkerung wesentlich weniger als der Wechsel der Besatzungsmacht im Sommer 1945 – zumal die Franzosen bis Juni 1948 die Pfalz relativ stark gegenüber den rechtsrheinischen Nachbarn abriegelten. Auch der von Franzosen geschaffene Retortenstaat „Rheinland-Pfalz“ stieß bei der pfälzischen Bevölkerung zunächst auf nur wenig Sympathie – die Verfassung fiel bei der Volksabstimmung 1947 durch. Mit der Währungsreform 1948 war die Pfalz dann aber wieder ein Teil des westdeutschen Wirtschaftsgebiets, dessen ökonomischer Aufschwung nach 1956 den Bedarf nach Veränderung bei der Bevölkerung stillte – angestrebte Volksbegehren für einen Anschluss an Baden-Württemberg oder Bayern fanden nicht genug Einzelnennungen.

Langsam stellt sich auch bei den Bewohnern ein „Rheinland-Pfalz-Gefühl“ ein. Dennoch gilt immer noch für viele: Es ist schön Rheinland-Pfälzer zu sein, „ä bissel schöner awwer isses Pälzer zu soi“.